

Antrag 230/I/2025**KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Anteilige Inrechnungstellung Polizeieinsätze bei Hochrisikospielen im Fußball**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
hauses und des Senats werden aufgefordert, eine gesetz-
liche Regelung auf den Weg zu bringen, die es dem Land
Berlin ermöglicht, die anfallenden Mehrkosten für Poli-
zeieinsätze bei Hochrisikospielen in der 1. bis 3. Liga im
Fußball- anteilig den Verbänden in Rechnung zu stellen.
Dabei soll sich Berlin an der Praxis des Landes Bremen ori-
entieren, das bereits eine entsprechende Regelung erfolg-
reich durchgesetzt hat.

Begründung

In Zeiten, in denen im Sozial-, Bildungs- und Kultur-
bereich drastische Kürzungen diskutiert oder umgesetzt
werden, ist es den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermit-
telbar, dass der hochkommerzialisierte Profifußball von
den Kosten für seine eigenen Sicherheitsmaßnahmen be-
freit bleibt. Insbesondere Hochrisikospiele erfordern ei-
nen überdurchschnittlich hohen Einsatz an Polizeikräften,
deren Kosten bislang vollständig von der Allgemeinheit
getragen werden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat 2019 entschieden,
dass es rechtlich zulässig ist, Fußballvereine bzw. die Deut-
sche Fußball Liga (DFL) an diesen Kosten zu beteiligen. Bre-
men hat mit einer entsprechenden Gebührenregelung ei-
nen Präzedenzfall geschaffen. Auch andere Bundesländer
ziehen eine Umsetzung in Betracht. Berlin sollte hier eine
Vorreiterrolle übernehmen und sicherstellen, dass finan-
zielle Mittel der Stadt nicht für den Schutz kommerzieller
Großveranstaltungen eingesetzt werden, ohne dass diese
einen angemessenen Beitrag leisten.

Mit der Umsetzung einer solchen Regelung würden einer-
seits die Haushaltsmittel der Stadt geschont und ander-
erseits ein gerechteres System geschaffen, das die wirt-
schaftlich starken Fußballvereine in die Pflicht nimmt. Ein
Teil der eingesparten Gelder könnte zudem gezielt in so-
ziale und kulturelle Projekte investiert werden.

Fassung der AK zu den Anträgen 230, 231, 232, 233

Die Innen- und Sportsenatorin wird aufgefordert, sich in
der Innen- und Sportministerkonferenz dafür einzuset-
zen, eine Arbeitsgruppe der Länder einzurichten, die be-
auftragt wird, eine einheitliche Musterregelung zur Er-
hebung von Polizeigebühren bei Großveranstaltungen zu
prüfen und zu erarbeiten, in deren Rahmen eine Berli-
ner Gesetzgebung erfolgt. Die Musterregelung soll sich an
den nachfolgenden Eckpunkten orientieren:

1. Eine Einsatzgebühr wird von der Polizei bei Ver-
anstalter:innen für den polizeilichen Mehraufwand
bei gewinnorientierten gewaltgeneigten Großver-
anstaltungen erhoben, wenn aufgrund objektiv
nachvollziehbarer Hinweise erfahrungsgemäß zu
erwartende Gewalthandlungen vor, während oder
nach der Veranstaltung, an den Zugangs- oder Ab-
gangswegen oder sonst im räumlichen und zeitli-
chen Umfeld stattfinden. Die Gebühr wird nach dem
Mehraufwand berechnet, der aufgrund der Bereit-
stellung zusätzlicher Polizeikräfte entsteht. Dabei
muss sichergestellt sein, dass für politische, religiö-
se, künstlerische oder wissenschaftliche Veranstal-
tungen, die in besonderem Maße grundrechtlich ge-
schützt sind, keine Gebühren erhoben werden.
2. Die Grenze, ab welcher eine Veranstaltung als Groß-
veranstaltung dient, ist an Berliner Verhältnisse und
den konkreten Veranstaltungsbereich anzupassen
und kann die Zahl von 5.000 Teilnehmer:innen nach
Bremer Vorbild übersteigen.
3. Die Gebühr ist in einer Weise zu berechnen, dass
Veranstalter:innen nicht übermäßig belastet wer-
den. Die Gebühr darf deshalb 10 % der Einnahmen
der Veranstaltung nicht übersteigen. Die Gebühr
kann nach den tatsächlichen Mehrkosten oder als
Pauschalgebühr berechnet werden. Es soll geprüft
werden, ob Veranstalter:innen die Gebühr durch ei-
gene Sicherheitskonzepte reduzieren können.
4. Es soll sichergestellt werden, dass die Gebühren
nicht einseitig auf die Ticketpreise weitergegeben
werden, sodass die Teilnahme an Veranstaltungen
bezahlbar bleibt.
5. Die Veranstalter*innen sind vor der Veranstaltung
über die voraussichtliche Gebührenpflicht, ihre vor-
aussichtliche Höhe sowie über die Grundlage der
Einstufung als Hochrisikoveranstaltung zu unter-
richten. Die Berechnung der Gebühr erfolgt transpa-

49
50
51
52
53

rent, mit einer detaillierten Aufschlüsselung der voraussichtlich zu entstehenden Kosten. Ein effektiver Rechtsschutz ist sicherzustellen.